

Inland

Bund und Länder einig über Bundesgesetz zur Senkung von CO2-Emissionen

Schritt zu einheitlichem Klimaschutz-Gesetz

- Umweltminister soll bis Herbst neues Gesetz abschließen.
- Ländern sollen keine Kosten erwachsen.

Wien. Österreich hat sich in Kyoto verpflichtet, zwischen 2008 und 2012 um 13 Prozent weniger CO₂-Äquivalente auszustoßen als im Jahr 1990. Dieses Ziel wurde aber laut Umweltbundesamt klar verfehlt, im Gegenteil: es gab mehr Ausstoß an Kohlendioxidäquivalenten und auch an Treibhausgasen. Ein Klimaschutzgesetz soll jetzt Abhilfe schaffen.

Bund und Länder haben sich am Freitag bei der Landesumweltreferentenkonferenz auf eine Grundsatzvereinbarung über ein Klimaschutzgesetz geeinigt. Umweltminister Nikolaus Berlakovich bezeichnete die Übereinkunft als "historischen Durchbruch beim österreichischen Klimaschutz". Nun sollen unverzüglich Detailverhandlungen über das Gesetz aufgenommen werden. Mit der legislativen Umsetzung rechnet Berlakovich bis zum Herbst.

Kernpunkte der Vereinbarung sind, dass sich die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern grundsätzlich nicht verschieben und die Länder keine finanziellen Konsequenzen bei Nichterreichen des Kyoto-Zieles in der Periode 2008 bis 2012 tragen müssen. Weiters wurde festgehalten, dass die Aufteilung der Emissionshöchstmengen für die Periode 2013 bis 2020 sowie die Ausarbeitung der Maßnahmen zwischen Bund und Ländern separat ausverhandelt werden. Diese Aufteilung soll im Bundesklimaschutzgesetz verankert werden.

Die Kostentragung zwischen Bund und Ländern bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen ab 2013 wird in einer gesonderten Vereinbarung geregelt, wobei die bisher erbrachten Leistungen berücksichtigt werden. Das Bundesklimaschutzgesetz soll weiters Maßnahmenbereiche zur Reduktion von Treibhausgasemissionen definieren, deren konkrete Umsetzung den zuständigen Gebietskörperschaften obliegt. "Das ist ein weiterer Meilenstein nach dem Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L)", meinte Berlakovich.

Der Koalitionspartner SPÖ reagierte positiv auf das Verhandlungsergebnis. "Zeit wird's", meinte SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr. Sie hoffe auf ein Gesetz mit Biss, "mit dem es gelingt, die lange bestehende Klimastrategie auch wirklich umzusetzen. Bayr forderte weitere Maßnahmen wie Anreize zur Förderung der thermischen Sanierung und eine "substanzielle Erhöhung" der Umweltförderung. Die Umweltschutzorganisation Global 2000 begrüßte die Einigung ebenfalls. Für das BZÖ ist die Einigung auf ein Klimaschutzgesetz demgegenüber "eine Nullmeldung". Alles bleibe wie gehabt.

Neben der Grundsatzvereinbarung auf ein Klimaschutzgesetz war das Immissionsschutzgesetz Luft Hauptthema der Konferenz. Berlakovich rechnet mit dem Beschluss des IG-L noch im Sommer.

Printausgabe vom Samstag, 19. Juni 2010
Online seit: Freitag, 18. Juni 2010 18:39:00

Liebe Leser,
wegen einer technischen Umstellung ist das Senden eines Kommentars vorübergehend nicht möglich.

Ihr
[Wiener Zeitung Online Team](#)

Wiener Zeitung · 1040 Wien, Wiedner Gürtel 10 · Tel. 01/206 99 0 · Mail:
online@wienerzeitung.at